Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich Pfg., monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebs der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Interessent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Unverlangte Zuschriften können unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts- Blatt

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6 — Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614

Inseratenpreis Pfg. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis Pfg., Reklamen Pfg., alles mit Teuerungszuschlag. Tabellarischer und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresaufträgen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil laut von Behörden bis Spaltzeile 60 Pfg. bez. Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 30 bez. Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend Mk., bei der Postauflage Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Gerichtl. Platzvorschrift ohne Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Netopreise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; Ungerechtes Ziel, gerichtliche Eintreibung, gemeinsame Anzeigen verbieten, Inseraten bedingen die Berechnung des Preis-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Nr. 73 | Dienstag den 30. März 1920 | 79. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Bezirkssteuer.

Die Bezirksversammlung hat am 15. d. M. beschlossen, für die Zeit vom 1. Januar b./m. 31. März 1920 eine Bezirkssteuer in der Höhe von 25% der Bezirkssteuer des Vorjahres zu erheben.

Die Zahlungsaufforderungen werden den Steuerpflichtigen noch zugestellt werden.

Für die in selbständigen Gutsbezirken wohnhaften oder mit Grundbesitz oder Gewerbebetrieb ansässigen, zur Staatseinkommen- oder Staatsgrundsteuer veranlagten Personen **mit Ausnahme des Besitzers der selbständigen Gutsbezirke** sind Steuerzettel nach Maßgabe der Heberegister des Vorjahres herauszuschreiben. Die hierzu erforderlichen Vordrucke und Hebelisten werden dem Stadtrate zu Wilsdruff und den Gemeindevorständen alsbald zugehen.

Meißen, am 24. März 1920. 3240

208 XIII. **Die Amtshauptmannschaft.**

Milchpreisverbilligung für Minderbemittelte.

Vom 1. April 1920 beträgt im Kommunalverband Meißen Stadt und Land der Zuschuß für die Minderbemitten zur Verbilligung des Milchpreises 40 Pfg. für das Liter Vollmilch.

Die Bezugsberechtigten erhalten die Gutscheine auf Antrag gegen Vorlegung der Vollmilchkarten und der Steuerzettel wie bisher bei den Gemeindebehörden.

Meißen, am 25. März 1920. Nr. 349 a II O.

3243 **Kommunalverband Meißen Stadt und Land.**

Nutzholzversteigerung. Spechtshausener Staatsforstrevier.

Im Gasthofe zu Spechtshausen: Mittwoch den 7. April 1920 vorm. ½10 Uhr; 90 h. und 2144 w. Stämme, 266 h. und 2838 w. Klötze, 3250 w. Derbstangen, 17010 w. Reisstangen und 58 rm w. Nutzknüppel; aufbereitet in den Kahl- und Plenterschlägen der Abt. C 10, 12, 15, 19, 32, 34, 42, 43 und 45; Durchforstungen der Abt. 4, 5, 8, 10, 22, 25, 26, 34 bis 37, sowie Einzelhölzer in den Abt. 7, 34, 35, 38 und 46.

Anmerkung: Der Generaldirektion der Staatseisenbahnen wurden **außerdem** überwiesen:

Fichtene Stämme

aus Abt.	16/19 cm	20/22 cm	23/29 cm
7	23 Stck. mit 7,93 fm	18 Stck. mit 7,24 fm	4 Stck. mit 3,85 fm
12	129 „ „ 38,92 „	28 „ „ 13,59 „	13 „ „ 8,29 „
34	6 „ „ 1,39 „		—
38	22 „ „ 7,32 „		7 „ „ 6,11 „
46	7 „ „ 2,63 „		4 „ „ 2,29 „

Auskunft über Verdingung des Einschnitts dieser Hölzer erteilt die Revierverwaltung. 3237

Forstrevierverwaltung Spechtshausen und Forstrentamt Tharandt.

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.

Forderungen der Reichsregierung an die Aufständischen im Westen.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Internationale Kommission hat entschieden, daß Flensburg deutsch bleiben soll.

* Die Besetzung der ersten schleswigschen Zone soll am 1. April erfolgen.

* General Maerker hat der Regierung sein Entlassungsgesuch eingereicht.

* In einer scharfen Rede gegen Deutschland kündigte Millerand neue Bürgschaftsforderungen wegen der Auftritte mit den alliierten Offizieren in Berlin und Bremen an.

* Nach einer Meldung aus Dänemark soll General Ludendorff dort eingetroffen sein.

* Der polnische Generalstab meldet, daß die vier Tage anhaltende Offensive der Bolschewisten gegen Polen zusammengebrochen ist.

* Wegen der schwierigen Lage der Lebensmittelversorgung beabsichtigt die polnische Regierung einen Lebensmitteldiktator zu ernennen.

Abschluß oder Kampfpause?

Die Regierung Bauer-Noske ist gestürzt. Gestürzt nicht durch Kapp und Lüttwitz, nicht durch Helfferich und Stresemann, sondern durch die Uneinigkeit in den Reihen ihrer eigenen Gefolgschaft. Der Druck von links war es, der sich gegen den Fortbestand ihres Koalitionskabinetts mit so großer Entschiedenheit geltend machte, daß ihm schließlich nachgegeben werden mußte. Aber was dabei herausgekommen ist oder — man kann heutzutage gar nicht vorsichtig genug sein — herauszukommen scheint, ist doch wieder nur ein neues Koalitionskabinett. Ein paar neue Namen, ein paar Fachleute, von denen man sich Gutes versprechen kann. Hermann Müller als Reichskanzler statt als Minister des Auswärtigen, das alles sind keine Veränderungen besonders aufregender Natur. Man muß schon den Unabhängigen darin recht geben, daß die grundstürzende Verschiebung der Machtverhältnisse, die uns diese Märzereignisse gebracht haben, in einer so gearteten bloßen Umbildung des Reichskabinetts nur sehr unzulänglich zum Ausdruck kommt, und man kann verstehen, wenn sie, und viel mehr noch ihre Genossen zur Linken, dem jetzt geplanten neuen Ministerium kühl bis ans Herz gegenüberstehen. Für sie gibt es nur eine Lösung, die den Erfordernissen der Lage Rechnung trüge: ein reines Arbeiterkabinett, in dem die bürgerlichen Parteien gar nichts mehr zu suchen und zu sagen hätten. Dafür wäre keine Mehrheit in der Nationalversammlung vorhanden? Dann wird sie einfach aufgelöst. Und die Entente-Regierungen würden Schwierigkeiten machen? Dann wird man sich schon auf irgendeine Art und Weise zu helfen wissen; wozu hat man seine Verbindungen in allen Ländern. Es gibt jetzt eben nach Ansicht der radikalsten Linken keine dringendere Aufgabe als den Ruck nach links so weit wie möglich zu treiben — damit von da aus der nächste Schritt, die Rätediktatur, ohne neue große Kämpfe getan werden kann.

Daß die bisherigen Koalitionsparteien diesen Gefahren nicht blind gegenüberstehen, begreift sich von selbst. Daher auch die Opfer, die sie bringen, um den Bund, der sie zusammenhält, unter allen Umständen zu retten. Die Annahme der mit den Gewerkschaften vereinbarten neun Punkte greift tief in die demokratischen Grundlagen unseres Verfassungslebens ein; die Aufopferung von Männern wie Noske und Schiffer muß eigentlich wie ein Eingeständnis eigener Ohnmacht empfunden werden. Aber es nützt alles nichts, man muß sich fügen, wenn nicht die neue revolutionäre Sturmflut auch die spärlichen Reste der bisherigen Staatsgewalt noch hinwegfegen soll. So hofft man wenigstens, bis zu den Wahlen aushalten zu können; was nachher wird, darf Staatslenker von heute noch nicht kümmern. Das wäre immerhin ein Abschluß für zwei, drei Monate. Kann man, wie die Dinge liegen, mehr verlangen?

Aber der Mensch denkt, Gott lenkt — sagte man früher. Die Regierung, die Koalition denkt, doch wer lenkt heute in Deutschland? Die Gewerkschaften haben von vornherein erklärt, daß ihr Abkommen vom 20. März nur eine Kampfpause bedeute. Vielleicht wählte man diesen Ausdruck, um die radikalen Teile der Arbeiterschaft vorerst zu beschwichtigen. Die „Freiheit" jubelte schon über den „Weg zum Sieg", der nun gesichert, über die erste Etappe, die zurückgelegt sei. Eine kleine Woche ist darüber hingegangen, und schon klingt es wieder ganz anders von dieser Seite her. In einer Berliner Versammlung der revolutionären Betriebsräte der U. S. P. D. und der K. P. D. wurde mitgeteilt, daß dem Reichskanzler wieder einmal ein kurzfristiges Ultimatum zugestellt worden sei, man klagt über den „vorzeitigen" Abbruch des Generalstreiks, über ungeheure Prellerei der gesamten Arbeiterklasse Deutschlands und forderte das Proletariat auf, sich für eine neue Kraftanstrengung bereit zu machen. Der Aktionsausschuß wurde beauftragt, sofort alle Maßnahmen für einen neuen Generalstreik zu treffen. Als sein Programm wurden Forderungen verkündet, die von dem früheren Staat in der Tat auch nicht mehr einen Funken übrig lassen.

Ähnliche Bestrebungen machen sich auch in gewissen militärischen Organisationen bemerkbar. Hier also drängt alles zur schleunigsten Beendigung der Atempause, die man der Regierung und der Nationalversammlung gewährt hat — was allerdings auch einen Abschluß herbeiführen würde; nur in anderem Sinne, als die Mehrheitsparteien sich das gedacht haben.

An Rheinland und Westfalen.

Aufruf der Reichsregierung.

Die vorläufig im Auftrag des Reichspräsidenten die Geschäfte weiterführende Regierung Bauer sagt in ihrem Aufruf an die Bevölkerung von Rheinland und Westfalen, der Anschlag der Reaktion sei zurückgewiesen. Die Regierung betont mit aller Schärfe, daß gegen die verantwortlichen Putschisten mit der äußersten Strenge des Gesetzes vorgegangen werden wird. Die Truppen, die am Putsch beteiligt waren, werden aufgelöst.

Die jetzt noch dort befindlichen Truppen und ihre Führer stehen auf dem Boden der republikanischen Verfassung und haben das Vertrauen der Regierung. Ein Kampf gegen diese Truppen ist daher nicht ein solcher zur Erhaltung der verfassungsmäßigen Freiheit, sondern ein Kampf gegen die staatliche Autorität. Die von zwei Ministern gepflogenen Verhandlungen mit allen Vertretern in Bielefeld führten zu einer Vereinbarung auf Grund der bekannten Punkte. Jede Kampfhandlung sollte sofort unterlassen werden. Trotzdem haben Arbeitertruppen unter Bruch des Abkommens die regierungstreuen Reichswehrtruppen in Wesel angegriffen. Dieser schwere Vertragsbruch muß mit aller Schärfe verurteilt werden. Noch jetzt weiterkämpfende Arbeitertruppen schädigen Volk und Vaterland aufs schwerste und müssen deshalb, wenn nichts anderes hilft, mit militärischen Mitteln zur Ordnung zurückgebracht werden. Die Folgen haben sie sich selbst zuzuschreiben. Arbeiter und Bürger des Ruhrbezirks, so schließt der Aufruf, wir rufen euch zur Besonnenheit. Kehrt zurück zur Arbeit, denn nur so schützt ihr Freiheit und Ordnung.

Diesem Aufruf schließt sich eine Kundgebung des General Watter in Münster an, wonach er für sich und die ihm unterstellten Offiziere erklärt, daß sie fest zur verfassungsmäßigen Regierung stehen.

Ein neuer Einigungsversuch.

Da die Bielefelder Abmachungen von dem linken Teil der Front Mülheim, Hamborn, Wesel nicht beachtet wurden, hatten die drei sozialistischen Parteien nach Hagen eine Konferenz einberufen. Nach einer mehrstündigen Auseinandersetzung billigte die von 150 Vertretern beschickte Konferenz einstimmig folgenden von dem neuen Zentralrat vorgelegten Aufruf an die Kampfleiter: Der gestern in Essen gewählte Zentralrat der Vollzugsräte des Industriegebietes Rheinlands und Westfalens unterbreiten Euch folgende Vorschläge: 1. Es werden sofort vom Zentralrat mit der Reichsregierung Verhandlungen gepflogen, um für die Arbeiter Garantien zu erlangen, daß die Waffen nur in den Händen der Arbeiterschaft bleiben, daß Arbeiterwehren geschaffen werden und daß keine Bestrafung der am Kampf beteiligten Arbeiter erfolgen darf. 2. Die Voraussetzungen für diese Verhandlungen sind, daß der Kampf an der Front sofort eingestellt wird, d. h. daß die Front gehalten wird, aber keine Kampfhandlungen bis zur Beendigung der Verhandlungen vorgenommen werden. 3. Sollten die Verhandlungen zu keinem befriedigenden Ergebnis führen oder Regierungstruppen in das Industriegebiet einmarschieren, so wird die Zentralleitung sofort den Generalstreik für das Industriegebiet proklamieren. Ferner wird der Zentralrat sofort die Verbindung mit den übrigen Bezirksarbeiterräten aufnehmen, um die Arbeiter zum allgemeinen Generalstreik aufzufordern, falls eine Verständigung mit der Regierung nicht erfolgt. Der Zentralrat ersucht die Kampfleiter auf das dringendste, diesen Forderungen sofort nachzukommen, weil sonst nach Lage der Sache die Bewegung geschädigt wird.

Zu und um Wesel.

Im französischen Hauptquartier ist ein Bericht über die Lage in Wesel eingegangen, in dem es heißt: „An den Toren, 500 Meter von der großen Rheinbrücke, die von belgischen Truppen bewacht wird, befinden sich einige tausend Mann Reichswehr im Kampf gegen eine mindestens fünffach überlegene Anzahl Spartakisten. Die Kräfte der Reichswehr haben sich aus dem Ruhrgebiet nach Wesel zurückgezogen. In Wesel hat der deutsche General Kabisch sein Hauptquartier. Die Reichswehr kämpft mit Verzweiflung, denn die Spartakisten geben keinen Pardon. In Büderich haben alle Bauern beim Donnern der Geschütze das Dorf verlassen. Das Maschinengewehrfeuer im Süden der

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF